

13 APR 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XV/87 - 13. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Zweimal Adenauer</u> Widersprechende Aussagen	45
2 - 3	<u>Von Rosen in die Traufe</u> Permanente Regierungskrise in Italien wird zur Krise der "Democrazia Cristiana" Von unseren Korrespondenten in Rom, Franco Magnani	75
4 - 5	<u>Einmalig in der Nachkriegsgeschichte</u> Merkwürdigkeiten im Kieler Butterprozess	71
6	<u>"Dann bleiben wir lieber auch zu Haus"</u> Jordanien, die Juden und die Holländer	36
7	<u>Die Schwäche der CDU</u> In den Gemeinden versagen die Schlagworte	51

* * *
* *

Zweimal Adenauer

Widersprechende Aussagen

sp - Am 4. April 1960 - kurz nach der Rückkehr von seiner "Kleinen Weltreise" - sagte Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer im Deutschen Fernsehen:

"Ich kann Ihnen nur das eine sagen, meine Damen und meine Herren, daß ich mit diesen Besprechungen außerordentlich zufrieden gewesen bin, sowohl mit der Besprechung mit Präsident Eisenhower wie mit Staatssekretär Herter, aber auch mit den Besprechungen mit den maßgebenden Politikern der beiden großen Parteien in den Vereinigten Staaten, mit denen ich sämtlich, von New York angefangen bis nach San Francisco, gesprochen habe. Ich war sehr befriedigt von allem, und gerade vor der Gipfelkonferenz, die ja, wie Sie wissen, am 16. Mai in Paris beginnt, schien es mir sehr notwendig zu sein, unsere Meinung noch einmal in den Hauptpunkten klarzulegen, die Meinung der Vereinigten Staaten zu hören und feststellen zu können, daß wir eben in allen diesen Sachen einig waren".

Entsprechend diesen Worten des Bundeskanzlers war anzunehmen, daß zwischen ihm und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Vorbereitungen zur Gipfelkonferenz keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Am 12. April 1960 erklärte der Bundeskanzler vor Mitgliedern des Presseclubs in Bonn:

"Die Weltlage ist außerordentlich ernst und schwankend",

und als Ergebnis seiner kürzlichen Amerika- und Japan-Reise betonte derselbe Kanzler wiederholt, daß die Welt Deutschland für diese schwankende und gefährliche Situation verantwortlich mache.

Dr. Adenauer meinte dann im Zusammenhang mit dem Moskau-Besuch Macmillans und dem Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in den USA, man müsse mit einer entscheidenden Wende in der ganzen Weltpolitik rechnen, und es hätten sich Änderungen bereits abgezeichnet. Ob sie (die Änderungen) zu unserem Vorteil oder zu unserem Nachteil seien, lasse sich heute noch nicht sicher sagen.

Was ist nun richtig? Die Erklärung des Bundeskanzlers vom 4. April oder jene vom 12. April 1960?

Beide Erklärungen widersprechen sich. Während die eine glaubhaft machen will, es bestünde zwischen der Bundesregierung und den Westmächten keinerlei Meinungsverschiedenheiten, wird durch die zweite Erklärung der Zweifel in die Zuverlässigkeit der westlichen Freunde der Bundesrepublik spürbar.

Das ist ein sehr schlechter Stil bundesrepublikanischer Außenpolitik, der hier demonstriert wird. Mit diesen sich widersprechenden Aussagen des Regierungschefs über die Weltlage und die Haltung der westlichen Alliierten wird Bonn unausweichlich in eine gefährliche Isolierung hineinmanövriert.

Vom Regen in die Traufe

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Das allgemein verbreitete Gefühl, daß keine der 19 seit Kriegsende erlebten Regierungskrisen Italien in seinem politischen Gleichgewicht so sehr erschüttert habe wie diese letzte Krise, wird nun auch vom Parlament bestätigt. Es ist tatsächlich noch nie vorgekommen, daß eine Regierung - der im Parlament mit der knappen Mehrheit von 3 Stimmen das Vertrauen zugesprochen wurde - 48 Stunden später mitten in einer neuen Krise steckt. Daher ist es ratsam, kurz die Ereignisse der letzten Wochen zusammenzufassen, um die Tragweite der heutigen Krise ermessen und das Gewirr in der heutigen Innenpolitik Italiens einigermaßen erfassen zu können.

Die Krise wurde von den Liberalen ausgelöst. Sie versagten dem damaligen Ministerpräsidenten Segni im Parlament ihre Unterstützung. Infolgedessen konnte Segni nur mit der knappen Mehrheit von einigen Stimmen rechnen, die den Neofaschisten zu verdanken waren. Sich auf den Beschluß des christlichdemokratischen Partei-Kongresses in Florenz beziehend, in dem es heißt, daß die neofaschistischen Stimmen nicht akzeptiert werden dürfen, wenn diese "maßgebend" sind, legte Segni die "faschistische Rettungshand" ab und gab unverzüglich seinen Rücktritt bekannt. Man war verwundert, als nochmals Segni mit der neuen Regierungsbildung beauftragt wurde, da gerade er die vielbesprochene "Öffnung nach links" immer abgelehnt hatte. Als auch der Vatikan seine Opposition zu einer Regierung mit Unterstützung der Linken offen bekundete, zog sich auch Segni unverzüglich wieder zurück.

Dem Nachfolger - Tambroni - blieb in dieser schwierigen Lage nichts anderes übrig, als eine sogenannte "einfarbige" (d.h. nur aus Christlichdemokraten zusammengesetzte) "administrative Regierung" zusammenzustellen. Doch Tambroni ist sofort auf die einmütige Zurückweisung nicht nur der Linken, sondern auch des demokratischen Zentrums gestoßen. Die Liberalen begründeten ihr "Nein" damit, daß die "Democrazia Cristiana" (DC) ein für alle Mal zwischen der "Koalition des rechten Zentrums" oder der "Öffnung nach links" (apertura a sinistra) zu wählen habe. Mit Recht wiesen sie darauf hin, daß beide Regierungsformeln - ohne die Unterstützung der Neofaschisten einerseits und die der Kommunisten andererseits - durchaus möglich sind. Die "Koalition des rechten Zentrums" könnte mit den Stimmen der DC, Liberalen und Monarchisten rechnen. Letztere erklärten sich zum ersten Male bereit, sich von den Neofaschisten zu trennen. Diese Bereitschaft der Monar-

chisten ist als Gegenzug zu Nennis politischem Spiel zu vorstehen, der sich ebenfalls damit einverstanden erklärt hatte, eine "Öffnung nach links" ganz unabhängig von den Kommunisten zu unterstützen, d.h. sich politisch von ihnen zu trennen. Die "apertura a sinistra" hätte mit den Stimmen der DC, der Sozialdemokraten, Republikaner und Linksozialisten eine durchaus tragfähige Mehrheit erlangt.

Saragat (Sozialdemokrat) gab in seiner Rede gegen die Tambroni-Regierung bekannt, daß die DC nur dann auf die Stimmen der Sozialdemokraten rechnen könne, wenn sie sich zu einer Regierung entschließen würde, welche genügend Gewähr leiste, sozial fortschrittlich zu sein. Nenni verurteilte die "Flucht vor der Verantwortung", welche seit Jahren die Politik der DC charakterisiere, und die Kommunisten kritisierten das Fehlen eines politischen Profils der neuen Regierung.

Die ganze Krise ist nur dem Zögern der DC zuzuschreiben, sich zwischen links und rechts zu entscheiden. Tambroni hatte um eine Schonfrist gebeten, um die internen Meinungsverschiedenheiten unter den Christlichdemokraten beizulegen, doch alle Parteien drängten zu einer sofortigen Klärung, weil sonst das ganze politische Leben des Landes lahmgelegt wird. Dennoch versuchte es Tambroni. Sofort löste er beim linken Flügel der DC einen Proteststurm und Rücktrittserklärungen mehrerer Minister der eben gebildeten Regierung aus. Die Christdemokraten haben im Parlament zwar geschlossen für Tambroni gestimmt - einzig aus Parteidisziplin. Als sie aber sahen, daß sich die Regierung nur dank der Neofaschisten behaupten konnte, haben sich zahlreiche Deputierte auf den Beschluß des letzten DC-Kongresses berufen und ihren Rücktritt bekanntgegeben. Die Hartnäckigkeit, mit welcher Tambroni darauf bestand, unter solchen Bedingungen eine Regierung zu halten, hat ihn vor allen Parteien diskreditiert.

Zur Zeit finden innerhalb der DC fieberhafte Sitzungen und Versammlungen statt. Man versucht mit allen Mitteln, die Meinungen des linken Flügels mit denjenigen des rechten Flügels auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, weil sich sonst das so sehr gefürchtete Gespenst einer Spaltung mit bedrohlicher Schnelligkeit nähert. Doch dieser Versuch, eine Klärung herbeizuführen, dauert - unter mehr oder weniger dramatischen Umständen - seit Jahren. Heute mehr denn je scheint einzig der katholische Glaube die Christlichdemokraten zusammenzuhalten. Der wahre Kitt dieser Partei ist die Kirche. Die Lage innerhalb der "Democrazia Cristiana" ist ernster denn je, und man fragt sich allgemein, wie lange noch ein solcher Zustand andauern kann.

Einmalig in der Nachkriegsgeschichte

mu. - Es kann natürlich Aufgabe des Gesetzgebers sein, aus wirtschaftlichen politischen Gründen kraft Gesetzes anzuordnen, daß ein Wirtschaftszweig besser als der andere behandelt wird. Was sich aber da in den letzten Jahren in den dunklen Kämmerlein des von der CDU geführten Kieler Landwirtschaftsministeriums an Ungleichheit aus der schlanken Hand bei der Buttersubventionspolitik herausstellte, das hat es wohl in ganzen Bundesgebiet nach dem Kriege noch nicht gegeben.

Der kritische Beobachter des jetzt zuende gegangenem über dreijährigen Prozesses gegen die Butterkönige Stähr und Schäfer kam aus dem Staunen nicht heraus. Es zeigte sich bei der mit grosser Geduld geführten Beweisaufnahme vor der I. Grossen Strafkammer des Landgerichts Kiel inner stärker, daß der erste Staatsanwalt Ehlers auf verlorenem Posten stand und seine Anklage zum Punkte des fortgesetzten Betruges wegen Subventionserschleichung zum Nachteil des Landes Schleswig-Holstein einfach nicht aufrechterhalten konnte.

In seiner Urteilsbegründung trug Landgerichtsdirektor Kehl dem Rechnung. Er sprach die beiden "Butterkönige", bei denen allerdings in einigen anderen Punkten vieles nicht in Ordnung war, vom Subventionsbetrug frei. Von dem Vorwurf des Staatsanwalts, beide hätten in der Zeit von 1953 bis 1955 das Land Schleswig-Holstein um 1,073 Millionen DM betrogen, weil sie zu Unrecht Gelder für den Auffang, die Lagerung und die übergebiethliche Weiterleitung von deutscher Markenbutter bezogen haben, blieb nichts übrig. Als graue Eminenz geisterte vielmehr die mit allerlei seltsamen Verwaltungskniffen bevorzugte Butter- und Eierzentrale der schleswig-holsteinischen Grossbauern mit einigen CDU-Führern an der Spitze durch den Gerichtssaal.

Stähr fühlt sich nach dem Freispruch vom Subventionsbetrug jetzt sogar ermutigt, mit einer Privatklage gegen das Land Schleswig-Holstein vorzugehen. Er will das nachbezahlt bekommen, was die hohen Herren im Ministerium der Butter- und Eierzentrale in jenen Jahren großartig zugeschanzt haben. Man kann den Staatsanwalt nur bewundern, der gegen dieses weise Urteil mit dem Revisionsverfahren angehen will.

Der Oberregierungsrat Boyesen des Ministeriums lieferte in der Beweisaufnahme einen Aktenvermerk "Nur für den Dienstgebrauch", wonach die beiden Butterhändler 8,50 DM, aber die Butter- und Eierzentrale 17,00 DM vom Land Schleswig-Holstein für 100 Kilogramm aufgefangener Butter be-

kanen. Da kam denn weiter noch, daß am 18. Juni 1953 im eleganten Café "Töpferhaus" vor den Toren Kiels eine Geheimbesprechung stattfand. Die Butter- und Eierzentrale sollte, um die ungleiche Behandlung der Buttergrosshändler nach aussen hin abzudecken, immer zunächst Darlehen erhalten, die man dann am Jahresende als verlorene Zuschüsse deklarieren wollte. In der Notiz über diese Geheimbesprechung heisst es, Minister Sieh (CDU) und der Präsident des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes, der CDU-Bundestagsabgeordnete Struve, wurden "unauffällig" informiert und genehmigten das. Der Gerichtsvorsitzende musste sogar die Herausgabe des Keiffelsen-Prüfungsberichtes über die Geschäftsgescharen der Butter- und Eierzentrale durch eine Beschlagnahme erzwingen, um Licht in die dunklen Ungleichheiten zu bekommen.

Gewiss, Stähr und Schäfer waren keine edlen Butterkaufleute. Aber die Tatsache, daß sie sich der aktiven Bestechung und mit ihnen der Regierungsdirektor Ehlendorf und der Butterprüfer Röhrig der schweren passiven Bestechung schuldig machten, hat den Ausgangspunkt in der Jagd nach gleichberechtigten Subventionen. Allerdings kann nicht entschuldigt werden, daß da der Butterkönig Stähr rund 240 000 Kilogramm Import- und Auslandsbutter sowie Land- und Molkeriebutter als Deutsche Markenbutter deklarieren und in den Handel bringen liess. Allerdings zeigte sich hier vor Gericht auch, daß die schlechte Auslandsbutter der hochgepriesenen Deutschen Markenbutter qualitätsmässig durchaus gleich ist.

Es gab Gefängnisstrafen, aber keiner braucht sie mehr zu verbüssen. Die 15 Monate, die Stähr wegen des Verstoßes gegen das Lebensmittelgesetz und des Vergehens gegen die Wettbewerbsgesetze bekam, sind durch die 16 Monate Untersuchungshaft verbüsst. Die Gefängnisstrafe der anderen Angeklagten, wurde mit der dreijährigen Bewährungsfrist versehen.

Jetzt hat der Landtag in Schleswig-Holstein das Wort. Es wird hohe Zeit, daß der Gesetzgeber dem Landwirtschaftsministerium sagt, nach welchen Richtlinien nun der Butterauffang zu subventionieren ist. Eine überaus sorgfältig arbeitende Strafkammer und zwei fähige Gutachter jedenfalls haben in dreijähriger Tätigkeit irgendwelche Subventionsrichtlinien nicht entdecken können, es sei denn, man half unter der Hand immer den eigenen großbäuerlichen Freunden.

"Dann bleiben wir lieber auch zu Haus"

H.G.S. - Eine grosse holländische Reiseagentur, die "Nederlandse Reisvereniging" (NRV) in Den Haag hatte unter anderem für dieses Jahr eine Gesellschaftsreise durch die Länder Israel und Jordanien geplant, die vom 25. Juli bis zum 12. August stattfinden sollte.

Die jordanische Regierung forderte von der Reisegesellschaft zur Erteilung der Visen auch genaue Auskünfte über alle die Personen, die sich dazu angemeldet hatten. Das ist im allgemeinen üblich, und holländische Beobachter des Ereignisses betonen ausdrücklich, daß auch für Reisen durch USA oder durch die UdSSR die Einholung von Visen erforderlich war, und Fälle bekannt sind, in denen holländische Bürger, die einer Reisegesellschaft angehörten, kein Visum für diese Länder erteilt bekamen.

Ungewöhnlich aber war die jordanische Forderung nach Angabe der Religionszugehörigkeit der holländischen Reisenden.

Einige der Reisenden gaben der Wahrheit gemäß an, daß sie Juden sind. Der jordanische Bescheid lautete, daß Juden an einer holländischen Reise durch das Land nicht teilnehmen könnten und ihnen kein Visum erteilt würde, auch wenn sie holländische Staatsbürger seien.

Nur ist die holländische Öffentlichkeit in Bezug auf die jüdischen Mitbürger immer noch recht empfindlich, denn die Diskriminierungen der Juden in Holland unter der deutschen Besatzung sind unvergessen. Gerade in diesen Tagen, wo das Anne-Frank-Haus in der Prinsengracht in den ersten Mai-Tagen völlig renoviert als Museum der jüdischen Verfolgung eröffnet werden wird.

In mehreren Zeitungen Hollands und auch in öffentlichen Gesprächen begann auf diese Einschränkung von jüdischen Holländern durch den Staat Jordanien eine heftige Debatte. Es wurde vor allem erörtert, ob es sich bei der jordanischen Auflage um eine "Rassistische Einschränkung" oder eine politische Maßnahme handelt. Die Reisegesellschaft versuchte die Gemüter zu beruhigen, indem sie darauf hinwies, daß man es dem jordanischen Staate überlassen müsse, welche Touristen er zulassen wolle. Aber die Öffentlichkeit reagierte hart. Fast alle christlichen Mitglieder der Reisegesellschaft sagten nun ihre Anmeldung trotz erteilter Visen ab. Viele Leserzuschriften in den Zeitungen sprechen von "neuer Diskriminierung". Der Leser J. Vonk in "Het Parool" sagt es ganz klar: "Dan blijven we liever thuis" (Dann bleiben wir lieber auch zu Haus).

Die Schwäche der CDU/CSU

sp - Der Ausgang der letzten Kommunalwahlen in Bayern und die bevorstehenden Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und im Saarland haben bei den CDU-Kommunalpolitikern ein Gefühl der Beunruhigung ausgelöst. Die mächtige Staatspartei, die seit dem Bestehen der Bundesrepublik die Bundespolitik dominiert, hat ihre schwächsten Stellen in den Gemeinden. Die kommunalpolitische Tätigkeit der CDU/CSU zeichnet sich nicht gerade durch besondere Leistungen aus. Das hat vielerlei Ursachen, wobei die Minderbewertung der Gemeinden als dritter Säule in einem demokratischen Staatswesen nicht die letzte ist. Diese innere Einstellung rächt sich, die Wähler und Wählerinnen bringen dafür kein Verständnis auf. Für viele wird und bleibt die Gemeinde die am besten verständliche Form der Gemeinschaft. Die Gemeinde wird, indem sie sich mit der die Gemeinde umgebenden Natur zu einer Einheit verbindet, zur Heimat. Deshalb ist die Gemeinde immer "ein Stück sozial und kulturell gestalteter Landschaft".

Die Sozialdemokratie hat dies von Anfang an klar erkannt und ihre Energien darauf konzentriert, durch Leistungen, sichtbar für alle, die Bürger zu überzeugen. Aus dem Buche der Geschichte der Nachkriegszeit ist die großartige Aufbauarbeit sozialdemokratischer Männer und Frauen nicht mehr auszublenden, sie haben buchstäblich mit Schutt und Trümmern anfangen müssen. Völlig zerstörte Städte erstanden zu neuer Blüte - man denke nur an Hamburg, Hannover, Dortmund, Frankfurt, München und viele, viele andere; schöner und wohlicher als je zuvor. Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker machten sich die Erfahrungen moderner Städteplanung zunutze. Darin liegt das Geheimnis ihrer Stärke. Hier versagt das schändliche Argument des Bundeskanzlers, "wenn Sozialdemokraten an die Macht kommen, bereiten sie den Untergang Deutschlands vor".

Die sozialdemokratischen Oberbürgermeister und Bürgermeister sorgten und sorgen auch für einen würdigen Nachwuchs. Sie öffnen den Begabten den Zutritt zu verantwortlichen Positionen, worin sie sich bewähren können. So verfügt die Sozialdemokratie über eine unübersehbare Schar von erprobten Kommunalpolitikern, an denen der vom Bundeskanzler gegen sie gerichtete Schlachtruf von der Erstürmung "der roten Rathäuser" abprallen mußte. In überschaubarem Bereich der Gemeinde zählen nicht die Worte, es zählen die Taten und die Leistungen. Und hier sind die Sozialdemokraten nicht zu überbieten.

Die CDU ist über diesen für sie recht unerfreulichen Stand der Dinge recht betrübt und sie sucht nun nach Abhilfe. Es braucht keiner großen Prophetengabe dazu, um ihr hier einen Mißerfolg zu prophezeien. Sie leidet unter der Mißachtung der Gemeinden als demokratische Säule im Staate. Sie ist kein Freund des Ausbaues der Selbstverwaltung, wofür ihre starken zentralistischen Tendenzen im Bunde zeugen. Dieser Mangel an Sinn für das Gemeinwohl versperrt der mächtigen Kanzler-Partei den Weg zu den Rathäusern; mit Deklamationen allein läßt er sich eben nicht erstürmen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel